

Haushaltsrede

Für die SPD-Fraktion – Jürgen Niemeyer, Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Nießing,
sehr geehrter Herr Kuhlmann,
meine Damen und Herren!

Eine kommunale Haushaltsrede besteht in der Regel aus mehreren Teilen: Man haut auf den politischen Gegner drauf, die Verwaltung bekommt ihr Fett weg und in heller Sonne erstrahlt die Politik der eigenen Fraktion. Der Haushaltsentwurf spielt dann nur noch eine untergeordnete Bedeutung. Vieles von diesem werde ich mir und Ihnen ersparen!

Zunächst möchte die SPD aber allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Borkener Rathauses und unserer Verwaltungsspitze für die unendlichen Arbeitsstunden danken, die in dem 881-seitigen Haushaltsentwurf stecken. Dass dieser mitten in der Pandemie und in der Zeit die Homeoffices rechtzeitig fertiggestellt wurde, gibt – sollte die Haushaltssatzung verabschiedet werden – der Verwaltung Planungssicherheit bei den durchaus ambitionierten Vorhaben der nächsten Jahre.

Die Grundzüge des vorliegenden Haushaltsplan - Entwurfs, der heute zur Verabschiedung ansteht, sind bekannt. Grundsätzlich verbessert sich der Haushalt der Stadt – so die Annahme – auf Grund erhöhter Steuereinnahmen. Bei allen Unsicherheiten einer auf 12 Monate angelegten Planung stehen auf der Einnahmeseite 131 Millionen Euro. Dem stehen Ausgaben in gleicher Höhe gegenüber, so dass rechnerisch auf dem Papier die berühmte schwarze Null erscheint. Unwägbarkeiten einer Finanzplanung werden aber bereits im Vorbericht des Haushaltsplans formuliert. Lassen Sie mich ausschnittsweise nur einige Faktoren benennen, die uns die erfreulichen Annahmen im vorliegenden Rechnungswerk noch verhageln können und Risiken im Haushalt 2022 darstellen: Eine sich verschärfende Pandemie-Welle mit Auswirkungen auf die internationale und damit nachwirkend auch auf die regionale Wirtschaft, geringere Gewerbesteuererinnahmen als erwartet, Änderungen in der Gemeindefinanzierung, Entwicklung der Transferaufwendungen, steigende Mieten, ansteigende Soziallasten bedingt durch höheren Energiepreise, Steuererhöhungen. Der Vorbericht führt diese Faktoren und noch viele andere auf. Wir erkennen an, dass die Stadt diese Unwägbarkeiten der Planbarkeit sehr wohl benennt und sich ihrer auch bewusst ist.

Die im Vorbericht des Haushaltsentwurfs von der Verwaltung detailliert aufgezeigte Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken-Analyse der Planung lässt erkennen, dass die bereits erwähnte „schwarze Null“ zwar eine Zielmarke der Verwaltung ist, dass aber diese Leitidee durchaus kritisch hinterfragt werden darf. Bereits die Verwaltung mahnt, dass die positiven Annahmen im Zahlenwerk des Haushaltsplans nicht festgezurrst sind, sondern „dass vor jeder Entscheidung ... Chancen und Risiken sachgerecht gegeneinander abgewogen werden.“ Frei nach Wilhelm Busch kann man vermuten, dass der Kämmerer der Politik bereits hiermit signalisieren möchte, bescheiden aufzutreten, sich bei ihren politischen Gestaltungsmöglichkeiten und Anträgen sehr zurückzuhalten:

Ach, du kleines Stadträtchen, rede nicht so wild,
und stelle keinen Antrag!
Ein jeder Wunsch, wenn er erfüllt,
Kriegt augenblicklich Junge.“

Sehr geehrte Verwaltung, sehr geehrte Stadtverordnete, die SPD wird natürlich Anträge stellen, bei deren Umsetzung man Geld in die Hand nehmen muss. Und dies geschieht zum Wohle der Bürger unserer Stadt.

Umweltschutz kostet Geld. „Die Stadt Borken will hier Vorbild sein und ihren Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele in Deutschland leisten.“ Zwar hat die Stadt Borken in Zusammenarbeit mit allen Parteien ein integriertes Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept verabschiedet, allerdings hapert es aus unserer Sicht bei der Fortschreibung und Aktualisierung. Das interkommunale Hochwasserschutzkonzept ist der richtige Weg, in Gemen, aber auch in Borken auf die Klimaveränderungen zu reagieren. Die Maßnahmen werden die zukünftigen Haushalte belasten, sind aber unumgänglich. Hochwasserschutz ist schon vor den Katastrophen in diesem Jahr in den Focus getreten und als städtisches Handlungsfeld besetzt. Die von uns mit initiierten und im Rat verabschiedeten Öko-Kriterien für den Erwerb von Grundstücken in Gewerbegebieten geben die Richtung vor, die konsequent bei der Veräußerung von Gewerbeflächen eingeschlagen werden muss. Bei allen zu tätigen städtischen Investitionen werden wir als SPD auch immer dafür Sorge tragen, dass nicht nur Minimalstandards eingehalten werden, sondern in die Zukunft geblickt wird. „Nice to have“ - also eine Sache, die man eigentlich jetzt noch nicht braucht, jedoch trotzdem gerne hätte - ist vielleicht in 10 Jahren ein „hätte ich doch damals...“.

Planungssicherheit ist zwar ein hohes Gut. Trotzdem wird es mit der SPD keine Eins-zu-Eins-Umsetzung des BO 10 – Wasserstiege geben. Die Planung und der Bebauungsplan aus den Nullerjahren muss dringendst überarbeitet werden. Klimaschutz war bei der Aufstellung des Bebauungsplans ein Fremdwort, ja ein Unwort. Wenn wir die „grüne Lunge“ Borkens im Ansatz erhalten wollen, dann müssen wir zumindest mit den städtischen Flächen behutsam umgehen. Investoren, die mit lustlosen Staffelhäusern und ein bisschen Umweltkosmetik das schnelle Geld machen wollen, werden wir uns entgegenstellen. Das wird mit uns nicht zu machen sein. Ein richtiger Schritt wurde bereits in Weseke mit dem Schmeink Gelände und dem Kalt-Wärme-Netz gemacht; aber das wird – so es überhaupt geplant ist - für das Baugebiet Wasserstiege im BO 10 nicht ausreichen. Dieses Baugebiet, in dem Ideen für einen Smart City Stadtteil (Konzept für einen urbanen Raum, der durch Einsatz moderner Technologie effizienter und damit klimaschonender sowie lebenswerter werden soll) umgesetzt werden können, in dem Animal-Aided Design (Schutz von angestammten Tierarten und Ansiedlung neuer Tierarten) als Planungsansatz für die Bedürfnisse von Stadtbewohnenden Tieren berücksichtigt wird, in dem Fußgänger und Radfahrer Vorrang vor anderen Verkehrsmitteln haben, muss ein ökologisches Vorzeigeprojekt werden und klar mit den jetzigen Vorstellungen brechen. Wir würden uns wünschen, fraktionsübergreifend zu einem tragfähigen Konsens zu kommen, der sowohl der Nachhaltigkeit wie auch der Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum Rechnung trägt.

Anzuerkennen ist, dass Stadt die Erstellung eines Integrierten Mobilitätskonzeptes in Auftrag gegeben hat. Gespannt warten wir auf die Ergebnisse und deren Umsetzung. Wir werden nach Vorliegen der Ergebnisse darauf achten, dass vorgeschlagene Maßnahmen nicht halbherzig erfolgen werden. Auch diese Verpflichtungen werden eine finanzielle Hypothek für die Zukunft sein.

Die kommunale Digitalisierungs-Strategie setzt die gesetzgeberischen Vorschriften zum E-Government um. Gewachsene Infrastruktur modernisieren ist aber ein schwieriger und langwieriger Prozess. Dies gilt auch für die Digitalisierung. Es gilt, die nötigen Funktionen zu analysieren und in ein modernes, zukunftsfähiges Konstrukt zu überführen. Die Digitalisierungs-Strategie der Stadt Borken ist hier ein guter Leitfaden, ihre Umsetzung bindet aber in den nächsten Jahren viele Ressourcen. Allerdings legen wir Wert darauf, dass die Schnittstelle Rathaus-BürgerInnen nicht ganz in eine digitale Sphäre verlagert wird, denn

eine digitale Kommunikation ersetzt nicht die Ansprechpartner im Rathaus. Stellenabbau ist hier ein Tabu. Angedacht in der Stadtverwaltung ist aber auch eine Ausweitung der Digitalisierungs-Strategie auf des weite Feld Smart-City, was von uns sehr begrüßt und mitgetragen wird. Unter dem Begriff „Smart-City“ verstehen Akteure aber oft unterschiedliche Sachverhalte und verfolgen unterschiedliche Ansätze. Eine öffentliche Informationsveranstaltung zu möglichen Aktionsfeldern in Borken ist eine Forderung, die wir für 2022 einbringen werden. Das insgesamt langfristig angelegte Projekt der Digitalisierung in unserer Stadt wird auch erhebliche Sach- und Personalmittel binden. Wie von uns beantragt, wird in Vorgriff auf diese Daueraufgaben bereits für 2022 eine zusätzliche Personalstelle im Stellenplan ausgewiesen.

Die Pandemie greift tief in unser Leben ein. Schulkinder sind von der aktuellen Lage hinsichtlich ihrer Bildungsmöglichkeiten besonders betroffen. Die psychologischen Belastungen der Schulkinder und deren Langzeitfolgen durch Schulschließungen, Verlust der Klassengemeinschaft, Distanzunterricht und soziale Isolation sind erst rudimentär erforscht. Es darf keine „verlorene Generation“ entstehen; alle Anstrengung der „Heilung“ der Pandemiefolgen müssen von den verschiedenen Akteuren unternommen werden. Hierzu gehört als Schulträger auch die Stadt Borken. Um soziale Gerechtigkeit im Bildungsbereich herzustellen, muss die Stadt die digitalen Endgeräte nicht nur bezuschussen, sondern ohne finanzielle Belastung der Elternschaft bereitstellen. Diese Chance wurde bis jetzt vertan. Unsere Position ist ganz klar: Lernmittelfreiheit im digitalen Unterricht!

Im kommenden Jahr werden Mittel in Höhe von ca. 40.000.000 Euro für Investitionen bereitgestellt. Die im November festgestellte Kostenexplosion beim Umbau der Kita St. Marien Rhedebrügge macht deutlich, dass bei den großen städtischen Investitionsvorhaben der nächsten Jahre die personelle Ausstattung in den zuständigen Fachbereichen einer kritischen Betrachtung unterzogen werden muss. Die Frage, ob die Personaldecke für das geplante Investitionsvolumen des nächsten Jahres und der Fortschreibung für die folgenden Haushalte nicht zu dünn ist und damit die Leistungsfähigkeit der Verwaltung bei der Planung und Controlling beeinträchtigt wird, drängt sich auf und muss gestellt werden.

Mit 10,7 Millionen Euro ist der Bereich Jugend und Familie der größte Ausgabenblock der Stadt. Im Kinder- und Jugendbereich sind wir auf einem auf einem guten Weg, wobei für die

Borkener Jugend noch weit mehr getan werden kann. Dabei greift die SPD-Fraktion immer wieder deren Anliegen (Graffiti Wand, Streetballplätze, Chillplätze...) auf. Die Jugendlichen herein zu holen und nicht an den Rand zu schieben ist unser Anliegen. Allerdings, wer kennt die Themen, die der Jugend unter den Nägeln brennen, besser als die Jugend selbst. Daher ist immer noch die Einrichtung eines echten Jugendparlaments nötig. Das gleiche gilt übrigens im Seniorenbereich. Auch da warten wir immer noch auf die Einsicht einiger Ratsmitglieder für einen Seniorenbeirat.

Die Pandemie hinterlässt in der Stadt Borken und den Ortsteilen Spuren. Der Online-Handel blüht; der zunehmende Leerstand der Geschäfte macht Angst. Callcenter, Ein-Euro-Shops, Handyläden führen zu einer Verödung der Innenstädte. Die SPD unterstützt alle Maßnahmen, die diesen Trend in Borken aufhalten und umkehren sollen und einer Attraktivitätssteigerung der Innenstadt dienen. Über ein Förderprogramm konnten in Borken neue Geschäfte öffnen. Aber auch hier werden wir im kommenden Haushalt Geld der Steuerzahler in die Hand nehmen müssen, um das zarte Pflänzchen der Innenstadtbelebung, und zwar nicht nur die in Borken, sondern auch in den Ortsteilen weiter zu pflegen.

Unsere von der Bürgermeisterin in Borken angesiedelte Modellfamilie mit Vater Sven und Mutter Anna hat neben zwei Kindern auch einen großen Freundeskreis. Borken ist ja eine Stadt mit Potential, in der man sich trifft und gesellig zusammensitzt, sich in Vereinen organisiert und aktiv am kulturellen Leben teilnimmt. Unsere fiktive Anne aus diesem Bekanntenkreis ist schwanger und muss – nachdem die Lichter in der Borkener Geburtsstation ausgegangen sind und die Einrichtung eines Geburtshauses verworfen wurde - dringend zur Entbindung nach Bocholt gebracht werden. Die Wehen haben eingesetzt. Der Fahrer des RTW gibt sein bestes, doch zu spät. Als Geburtsort wird nunmehr die B67, Standort „Versunken Bokelt“ , in die Geburtsurkunde eingetragen. Im Ernst, den Kampf um den Erhalt der Geburtsstation in Borken haben wir zunächst verloren. 6000 Stimmen für den Erhalt der Geburtsstation zählen bei Planern und Ökonomen nichts. Und die werdende Mutter bleibt auf der Strecke. Wir werden politisch auf Landesebene für ein Geburtshilfe-Förderprogramm kämpfen, dass eine ortsnahe Versorgung wieder sicherstellt.

Doch zurück zum Haushaltsentwurf. Nach unserer Auffassung ist der Haushalt der Stadt Borken im Großen und Ganzen ausgewogen und bietet eine solide Grundlage für die zu erfüllenden Aufgaben im nächsten Jahr. Für weitere Anträge ist aber auch durchaus ein

finanzieller Gestaltungsspielraum gegeben, den die SPD politisch nutzen wird.

Fazit: Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Borken stimmt dem Haushalt 2022 zu.

Zum Abschluss unserer Stellungnahme erlauben Sie der SPD-Fraktion eine Betrachtung fern des Haushalts:

Wir erleben zurzeit ein Europa, das in Teilen nicht mehr solidarisch ist, rechtsstaatliche Grundsätze negiert und dem Machtmissbrauch Tür und Tor öffnet. Solidarität – gerade auch in der Flüchtlingskrise – wird kleingeschrieben oder fehlt gänzlich. Die Flutkatastrophe vom Juli in Deutschland hat bei der EU-Kommission Schäden in Rekordhöhe von 29,2 Milliarden Euro gemeldet. Sachschäden. Das Leid der Familien, die um ihre Angehörige trauern, kann man nicht beziffern und in nackten Zahlen fassen. Solidarität! Wir können stolz auf die Zivilgesellschaft in Borken und im Kreis sein, die mit vielen Aktionen und Hilfe vor Ort ihre Solidarität und Hilfe den Flutopfern gezeigt im Ahrtal haben. Das ist für uns alle ein schönes Weihnachtsgeschenk, das wir in aller Demut annehmen. Die SPD wünscht Ihnen und Ihren Angehörigen Gesundheit und frohe Festtage.